

Lehren aus der Zeit
zwischen den
beiden Weltkriegen

Das Jahr 2001 – „Annus terribilis“ der internationalen Staatenordnung?

Jasper Wieck

Spätestens seit den Katastrophen und Verheerungen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist zu hoffen, dass sich die Lehre Friedrich Nietzsches von der „ewigen Wiederkehr des Gleichen“ nicht bewahrheitet. In Zeiten verbreiteter Ratlosigkeit und Zukunftsangst gewinnt allerdings der Blick in die Geschichte wieder an Attraktivität, da er Orientierung zu geben vermag.

Kein Wunder also, dass seit dem 11. September 2001 zahlreiche historische Analogien bemüht werden. Die meisten sind indessen nur von begrenztem Erkenntniswert: Der schon bald nach dem Einsturz des World Trade Centers gezogene Vergleich mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor ist einseitig aus der amerikanischen Opferperspektive gezogen. Die Analogie zum Terroranschlag auf das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar vom Juli 1914 kann allenfalls die Logik der Täterschaft erhellen. Und der mit der Metapher von der „Achse des Bösen“ hergestellte Bezug auf die „Achsenmächte“ des Zweiten Weltkrieges sowie auf das sowjetische „Reich des Bösen“ dient vor allem der inneramerikanischen politischen Mobilisierung.

Dabei interessiert doch vielmehr die Frage, ob und in welchem Ausmaß der barbarische Terrorakt des 11. September die Staatenordnung insgesamt erschüttert oder gar ins Wanken gebracht hat. Ist in der internationalen Politik tatsächlich „nichts mehr, wie es einmal war“? Steuern wir nach Jahren, in denen wir voller Zuversicht Friedensdividenden einge-

fahren haben, auf eine neue globale Konfrontation zu? Oder befinden wir uns bereits mitten in der Entstehung einer neuen Weltordnung, deren Wesenszüge jedoch nicht einmal schemenhaft erkennbar sind? Gefragt ist also eine historische Analogie, die uns den plötzlichen Wechsel von allgemeiner Friedensgewissheit zu verbreiteter Zukunftsangst näher bringt.

Die gesuchten Wesenszüge finden sich beispielhaft in dem vom britischen Historiker Arnold Toynbee als *annus terribilis* bezeichneten Jahr 1931. Dabei liegt die apokalyptische Bedeutung dieses Jahres nur zum Teil in der Weltwirtschaftskrise, die damals ihren traurigen Höhepunkt erreicht, Chaos und Verzweiflung unter den Menschen in Europa und Amerika verursacht und eine hektische Deglobalisierung auslöst. Noch bedeutender ist ein Ereignis, das fast auf den Tag genau siebenzig Jahre vor dem Einstürzen der New Yorker Zwillingstürme eine vergleichbare Zäsur in der Geschichte der internationalen Staatenordnung markiert: der völlig unerwartete japanische Übergriff auf die Mandschurei vom 18. September 1931 und die sich anschließende brutale Unterwerfung dieser zu China gehörenden Provinz durch die japanischen Truppen. Die darauf folgende Ereigniskette von Eroberungen, Unterjochungen und Liquidierungen in Europa, Asien und Afrika hat dazu geführt, dass manchen Zeitgenossen der 18. September 1931 im Rückblick als der eigentliche Beginn des Zweiten Weltkrieges gilt.

Sowohl am 18. September 1931 als auch am 11. September 2001 findet jeweils eine rund zehnjährige Nachkriegszeit ihr jähes Ende: 1931 das Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg und mit ihm die zerbrechliche, in den Pariser Vorortverträgen 1919/20 geschaffene Staatenordnung; 2001 die dem Kalten Krieg folgende und von rasanter Globalisierung, Digitalisierung und Unübersichtlichkeit geprägte Dekade der neunziger Jahre. Was in den zwanziger Jahren mit der Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes, mit der internationalen Kriegsächtung durch den Briand-Kellogg-Pakt und der zaghaften Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland auf der Haben-Seite steht, findet sich *mutatis mutandis* in den neunziger Jahren wieder: Ende der bipolaren Pattsituation im Welt-sicherheitsrat und damit Renaissance der Vereinten Nationen als weltweite Struktur der Friedenssicherung, Stärkung des multilateralen Regelwerkes etwa durch Schaffung einer Welthandelsorganisation und eines internationalen Strafgerichtshofes sowie Annäherung und Versöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn beziehungsweise den Staaten Osteuropas untereinander.

Zwanziger wie neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts sind Jahrzehnte des Friedens. Die Konflikte sind regional begrenzt und meistens Folgen des Staatenzerfalls – hier die brodelnde Erbmasse des Osmanischen Reiches mit der Bildung britischer und französischer Mandatsgebiete, dem griechisch-türkischen Krieg, der Kurdenrevolte und dem Konflikt um Mosul, dort die nicht enden wollenden jugoslawischen Erbfolgekriege, die Errichtung von internationalen Protektoraten in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sowie die zahlreichen ethnischen Konflikte in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Beide Jahrzehnte definieren sich über die jeweils zurückliegende globale Kon-

frontation. War die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg die maßgebliche historische Referenz der zwanziger Jahre, so ist der Kalte Krieg prägend für das kollektive Bewusstsein der neunziger.

So erleichtert die Menschen in beiden Nachkriegsjahrzehnten auf die überwundene Auseinandersetzung zurückzuschauen, so fern liegt ihnen allerdings auch der Gedanke, es könnten neue Gefahren noch viel größeren Ausmaßes vor ihnen liegen. „Es gibt nicht das geringste Anzeichen für irgendeinen Krieg“, verkündet Völkerbundspräsident Lord Robert Cecil in der Sitzung des Völkerbundes am 10. September 1931. Siebzig Jahre später benötigt Henry Kissinger nicht weniger als 318 Seiten, um zu begründen, dass Amerika angesichts der zunehmenden Verlagerung des Weltgeschehens auf den friedlichen Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital überhaupt noch eine Außenpolitik braucht.

Lord Cecil wird bereits zehn Tage nach seiner optimistischen Einschätzung eines Besseren belehrt, als nämlich China die Weltorganisation anruft, um sich gegen die japanische Aggression in der Mandchurei zu wehren. Noch vor Ablauf des Jahres 1931 verfestigt sich die Gewissheit, dass die Nachkriegszeit unwiederbringlich vorüber ist und man sich auf neue, gewaltige Herausforderungen einstellen muss. Eine ähnlich düstere Vorahnung schwingt in den Worten Präsident Putins mit, als er unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse des 11. September im Deutschen Bundestag die Epoche des Kalten Krieges für endgültig beendet erklärt. Denn diese Feststellung ist nicht euphorisch gemeint, sondern eher als Drohung zu verstehen: Der große weltumspannende Konflikt liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.

Doch welche Gefahr geht tatsächlich 1931 wie 2001 von den Angreifern für die internationale Ordnung aus? Henry Kissinger hat die Einteilung der internatio-

nen Akteure in Status-quo-, revisionistische und revolutionäre Mächte geprägt. Eine entsprechende Zuordnung für die dreißiger Jahre hat Klaus Hildebrand vorgenommen. So lassen sich Japan sowie das Italien Mussolinis revisionistisch verorten, während Hitler-Deutschland, die Sowjetunion und auf ihre Weise die Vereinigten Staaten von Amerika in die Kategorie „revolutionär“ fallen. Denn Japan trachtet lediglich danach, innerhalb der geltenden, von den Status-quo-Mächten England und Frankreich maßgeblich gehüteten Staatenordnung seinen Machtbereich auszudehnen. Deutschland, die Sowjetunion und Amerika hingegen haben es auf eine grundlegende Umwälzung der internationalen Ordnung abgesehen – sei es unter rassenideologischen Vorzeichen, sei es mit dem Ziel der kommunistischen Weltrevolution oder sei es zur Durchsetzung universal verbindlicher Prinzipien der Unteilbarkeit des Weltmarktes, der Freiheit und des Friedens, kurzum: des „American way of life“.

Status quo, Revision, Revolution

Die Zuordnung des terroristischen Netzwerks El Kaida zu einer der drei Kissinger'schen Kategorien fällt schwer. Schon der Vergleich zwischen den Aggressoren von 1931 und 2001 ist nur bedingt möglich: hier das japanische Kaiserreich, das versucht, sich „Lebens- und Wirtschaftsraum“ zu sichern, dort die global operierenden, nichtstaatlich organisierten Terroristen, deren Menschenverachtung und Zerstörungswillen die Welt in Schrecken versetzt. El Kaida ist keine „Macht“ im klassischen Sinne, zumal wir über die tatsächliche Stärke des Netzwerkes, seine Ressourcen und Verflechtungen nur vage Aussagen treffen können.

Dennoch wird kaum jemand behaupten, den Terroristen gehe es lediglich um die Bewahrung des Status quo. Ein handfestes, regional begrenztes Ziel lässt sich

in der insgesamt verschwommenen Programmatik durchaus erkennen: die „Befreiung“ der heiligen islamischen Stätten von der „Verunreinigung“ durch die amerikanische Militärpräsenz auf der Arabischen Halbinsel. Dieser auf eine Revision der regionalen Verhältnisse gerichteten Zielsetzung gelten bereits zuvor die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam im August 1998 sowie auf den US-Zerstörer Cole im Hafen von Aden im Oktober 2000.

Doch im Unterschied zu den Japanern des Jahres 1931 verfolgen die Aggressoren von 2001 weitere, über die regional begrenzte Revision hinausgehende ideologische Ziele. In ihrer radikalen Kompromisslosigkeit finden sich Wesenszüge, die bereits für die revolutionär angelegten Totalitarismen Hitler-Deutschlands und des Sowjetbolschewismus symptomatisch sind. Zwar suchen wir bei den Terroristen vergeblich nach einem ausformulierten Weltentwurf, der den Menschen allgemein verbindlich aufgezwungen werden soll. Nichtsdestotrotz soll die monströse Tat vom 11. September die westlich dominierte Staatenordnung mit den ihr zu Grunde liegenden Werten wie Freiheit, Toleranz und Pluralismus herausfordern. Indem der fanatische Islamismus gegenüber der freien Welt zur asymmetrischen Kriegführung übergeht, wird er zur totalitären Bedrohung des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Die internationale Ordnung ist 1931 ebenso wie 2001 nachhaltig erschüttert. Und dies, obwohl die Reaktion der Angegriffenen jeweils völlig unterschiedlich ausfällt: Das innerlich zerrissene China ruft im September 1931 hilf- und erfolglos den Völkerbund an, während Amerika sieben Jahre später sein gesamtes politisches, diplomatisches, wirtschaftliches und militärisches Potenzial mobilisiert, um dem Terrorismus weltweit Herr zu werden. Die Ohnmacht der Chinesen von 1931 steht in keinem Verhältnis zur ro-

busten amerikanischen Antwort von 2001.

Die internationale Gemengelage ist jedoch – wie für Krisenzeiten typisch – in beiden Fällen zunächst von großer Offenheit und Ungewissheit geprägt. Die Reaktionen der nicht unmittelbar betroffenen Akteure sind keineswegs von Anbeginn vorgezeichnet. 1931/32 vollzieht insbesondere Frankreich einen eindrucksvollen Zickzackkurs: unter Aristide Briand zunächst eine prochinesische Politik, unter seinem Nachfolger André Tardieu eine kaum zu verdeckende Komplizenschaft mit den Japanern und schließlich, als der Völkerbund in seinen Grundfesten bereits erschüttert ist, der vergebliche Versuch, zum System kollektiver Sicherheit zurückzukehren. In den Folgejahren sind insbesondere auf dem europäischen Schauplatz alle Konstellationen denkbar: die Westmächte und Deutschland gemeinsam gegen die Sowjetunion – eine Logik, die insbesondere den Befürwortern des „Appeasement“ in London und Paris nahe liegt; Deutschland und die Sowjetunion gemeinsam gegen die Westmächte – eine Konstellation, wie sie sich mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 vorübergehend abzeichnet; und schließlich die Westmächte und die Sowjetunion gemeinsam gegen Deutschland – der Frontverlauf, der sich nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion ergibt.

Im September 2001 ist vor allem die Positionierung der arabisch-islamischen Welt wenig vorhersehbar. Pakistan kann erst durch massive politische Intervention Amerikas zur Unterstützung der Antiterrorkoalition gebracht werden. Saudi-Arabien ringt sich nur zögernd dazu durch, die finanzielle Infrastruktur islamischer „Wohlfahrtsgesellschaften“ offen zu legen. Aus dem Iran kommen unterschiedliche Signale, bis sich das Land im Januar 2002 – einstweilen – auf der „Achse des Bösen“ wiederfindet. Je mehr Amerika den

Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf weitere Schauplätze außerhalb Afghanistans ausdehnt und die Bekämpfung der weltweiten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu einem weiteren Kriegsziel macht, desto unsicherer wird selbst die Haltung der europäischen Verbündeten.

Bemerkenswert ist die Parallelität, mit der Moskau auf die jeweils akute Herausforderung der Jahre 1931 und 2001 reagiert. Anfang der dreißiger Jahre gerät das fernöstliche Gleichgewicht aus den Fugen, womit der dortige sowjetische Herrschaftsanspruch zu erodieren droht. Um ein entsprechendes Gegengewicht zum aufstrebenden Japan zu schaffen, nimmt Moskau im November 1933 diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf und tritt 1934 dem Völkerbund bei.

Auch siebzig Jahre später fühlt sich Moskau – obwohl nicht unmittelbares Opfer des Angriffs, jedoch seit Jahren im Kampf gegen tschetschenische Separatisten und Terroristen gefordert – akut in seinen Sicherheitsinteressen gefährdet. Erneut vollzieht das Land einen mutigen Kurswechsel zu Gunsten einer Sicherheitspartnerschaft mit dem Westen. Präsident Putin ist der erste Staats- und Regierungschef, der noch am Tag des Terrorangriffs dem amerikanischen Präsidenten telefonisch volle Unterstützung zusagt. Moskau stellt bisherige Vorbehalte gegen eine amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien und im Kaukasus zurück und ringt sich zu einer Neuausrichtung seines Verhältnisses zur NATO durch.

So erhellend der Vergleich der Schlüsseldaten von 1931 und 2001 sein mag, so sehr muss es im Rückblick auf die weiteren Entwicklungen der dreißiger und vierziger Jahre darum gehen, die „ewige Wiederkehr des Gleichen“ zu verhindern. Heute wissen wir, dass der 1931 von der Völkergemeinschaft tatenlos hingenom-

mene japanische Völkerrechtsbruch Auftakt zu einer allgemeinen Verrohung der internationalen Sitten gewesen ist, die schließlich den revolutionären Ambitionen Hitlers in die Hände spielt: Nachdem sich der Völkerbund 1931/32 als Papiertiger erweist, fällt es 1935 Mussolini leicht, sich in Abessinien ebenso brachial über international geltendes Recht hinwegzusetzen. Es folgen der deutsche Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes, der Anschluss Österreichs, die Zerschlagung der Tschechoslowakei, der Einmarsch in Polen und damit der Weg in den Zweiten Weltkrieg.

Europäische Optionen

Die entschlossene Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 darf uns hoffen lassen, dass sich die Staatenwelt diesmal erfolgreich zu wehren weiß. Eine Politik des *Appeasement* zeichnet sich angesichts der zügigen Entmachtung der Taliban und der heftigen Schläge gegen die El Kaida nicht einmal in Ansätzen ab. Entscheidend ist dabei der Umstand, dass die Terroristen ihren Anschlag auf die politischen und wirtschaftlichen Zentren des mit Abstand stärksten Mitglieds der Weltgemeinschaft verübt haben. Doch nicht nur das: Die Terroristen haben mit Amerika eine Macht herausgefordert, die nicht regional, sondern global orientiert, nicht graduell, sondern umfassend ausgerichtet und nicht reagierend, sondern gestaltend veranlagt ist. Bei allem Pragmatismus sind der amerikanischen Politik immer auch deutlich revolutionäre Züge zu Eigen.

Damit sind die Grenzen europäischer Handlungsoptionen umrissen. Die in ihrer Gesamtheit Status-quo-orientierten Europäer werden auch künftig Amerika im Kampf gegen den internationalen Terrorismus solidarisch unterstützen – sei es diplomatisch oder nachrichtendienstlich, sei es mit Logistik oder auch mit eigenen Soldaten. Denn sie haben ein existenziel-

les Interesse, dass auch ihnen im Fall eines terroristischen Übergriffes die weltweite und vor allem die amerikanische Unterstützung zuteil wird.

Dennoch wird den Europäern bei der Frage, in welchem Ausmaß sie den Amerikanern auch bei einer Ausweitung der weltweiten Konflikt- und Kampfeslinien folgen werden, über kurz oder lang eine Grundsatzentscheidung abverlangt: Geht es ihnen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vorrangig um eine weitestmögliche Wiederherstellung des *Status quo ante*? In diesem Fall müssen sie wo eben möglich auf die Einhaltung der internationalen Regelwerke beharren. Denn eindeutiges Zuwiderhandeln – insbesondere seitens der Vereinigten Staaten als einstigem Architekten der heute verbindlichen internationalen Regelwerke – würde deren Legitimität nachhaltig infrage stellen. Eine Rückkehr zur Staatenordnung vor dem 11. September wäre verbaut.

Oder ziehen die Europäer es vor, gemeinsam mit Amerika, dessen Werte sie im Prinzip teilen, den 11. September zum Anlass zu nehmen, die längst überfällige Umgestaltung eines internationalen Systems anzugehen, dessen ordnende Prinzipien, Strukturen und Mechanismen in weiten Teilen noch den spezifischen Umständen des Kalten Krieges geschuldet sind? Sind sie bereit, sich auf den schwierigen und risikoreichen Weg der Schaffung einer neuen Weltordnung zu begeben? In diesem Fall wäre es allerdings an der Zeit, dass Europäer und Amerikaner sich über die Grundrisse einer künftigen weltweiten Friedensordnung verständigen. Zum letzten Mal taten sie dies am 14. August 1941 auf einem amerikanischen Kriegsschiff im Nordatlantik. Damals unterzeichneten Franklin Roosevelt und Winston Churchill die Atlantikcharta.

Dieser Beitrag enthält persönliche Auffassungen des Autors und stellt keine offizielle Stellungnahme dar.